

Dieser Bereich ist eine Ergänzung zu deinen eigenen Mitschriften und **kein Skriptum**. Diese Nachlese ist **kein Ersatz** für deine Mitschriften, sondern lediglich ein Zusatz! Es handelt sich um ein Protokoll mündlicher Rede und ist außerhalb der VO Politische Theorien **nicht** zitationsfähig.

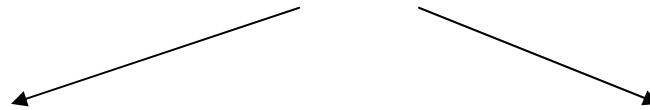
12. Oktober 2004 (1. Einheit):

## Einführung in die Vorlesung, Was ist Theorie, was ist politische Theorie?

### Anmerkungen zum Gegenstand der Vorlesung

Die Geschichte politischer Theorien und die politische Ideengeschichte ist durch eine verwirrende Vielfalt der Bezeichnungen gekennzeichnet. Folgende Bezeichnungen finden sich:

#### "Politische Theorien"

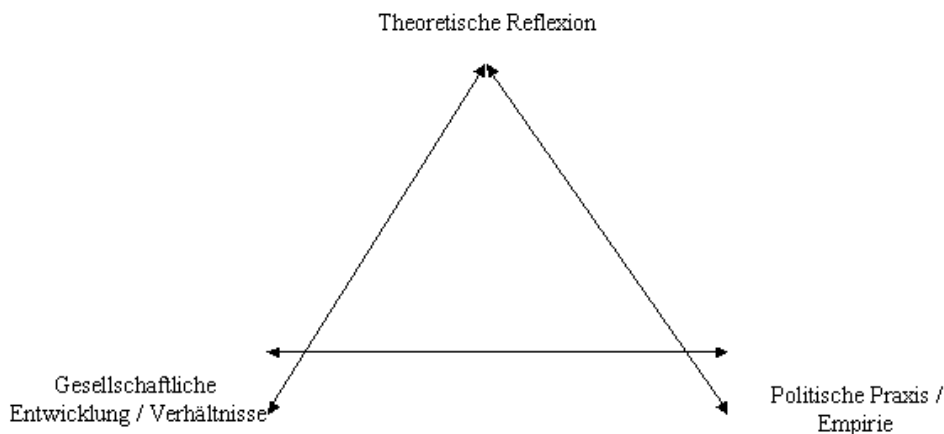


Historische politische Theorien	Moderne politische Theorien
Normative politische Theorien	Empirisch-analytische Theorien
Politische Ideengeschichte	Politische Theorien
Geschichte politischen Denkens	

#### Allgemeine Überlegungen:

Soziale Entwicklungen provozieren strukturierende Betrachtungen und kritische Einsichten ("theoretische Reflexion"), was wieder politische Praxis und Handeln bestärkt oder verändert. Politisches Handeln wiederum zeitigt gesellschaftliche Folgen, was erneut theoretische Reflexion provoziert usw.usw. Ideengeschichte beobachtet dieses reflexive Wechselspiel unter sich verändernden Diskurstraditionen im Laufe der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen.

Theorie und Praxis stehen in einem variablen Wechselspiel:



„Politische Theorie und Ideengeschichte“ ist eines der Kernfächer der Politikwissenschaft. Als Ende der vierziger Jahre die IPSA (International Political Science Association) gemeinsam mit der UNESCO den verbindlichen Ausbildungskanon der "political science" festlegte, war es eigentlich unumstritten, dass das Fach auch theoretisch und ideenhistorisch befestigt werden sollte. Denn es gibt realiter kein praktisches politisches Problem, das ohne Rückgriffe auf politisch-theoretische Vorstellungen (historischer wie zeitgenössischer Art) erörtert werden könnte.

Wer also politikwissenschaftlich denken, Politikprobleme in ihrer grundsätzlichen Systematik verstehen und dementsprechend genau analysieren möchte, muss "Politische Theorie und Ideengeschichte" ernst nehmen. Ihre Vernachlässigung wäre unklug, zumal dadurch klares Verständnis für politische Probleme und gesellschaftliche Konflikte wie auch befriedigende Erklärung einschlägiger Ursachen aufs Spiel gesetzt würden. Theorie hat nicht nur (selbst)reflexive Bedeutung, sondern sie schärft vor allem das begriffliche Instrumentarium einer praxisrelevanten Politikwissenschaft. Begriffsgenauigkeit steigert immer auch Qualität und Richtigkeit empirischer Politikanalysen und bietet dadurch wichtige Ansatzpunkte für verändernde Praxis.

Akute Politikprobleme bilden zuallermeist nur die Spitze eines Eisberges, der größte Teil liegt unsichtbar unter der Oberfläche. Politikprobleme sind daher auch keineswegs nur aus dem Hier und Jetzt angemessen zu erfassen, sie sind in zurückliegende Ideen, Sichtweisen und Konzepte eingeschlossen wie diese Ideen auch Ansatzpunkte zu ihrer Lösung bieten. Diese Ansatzpunkte und Denkweisen gilt es zu erkennen und für gegenwärtige Praxis nutzbar zu machen.

Politische Ideengeschichte ist mitnichten als nutzloses museales Rasonnieren über vergangenes Denken zu klassifizieren, quasi als unproduktiver Blick nach hinten abzuwerten. Sie ist vielmehr als reicher Niederschlag historischer Erfahrungen, Verständnisse und Identitäten zu erkennen. Politische Ideengeschichte stellt thematische wie theoretisch-analytischer Anregungen dar, die es für aktuelles politikwissenschaftliches Arbeiten in allen politischen Problem- und Konfliktfeldern sorgsam zu nutzen gilt.

Das, was im allgemeinen mit politischer Theorie umschrieben wird, liegt wesentlich näher an politischen Realitäten als man gemeinhin annimmt. Die im Alltagsdenken so populäre Ineinssetzung politischer Theorie mit absoluter Praxis- und Lebensferne ist schlechterdings unangebracht. Wir organisieren unsere Erfahrungen "a priori [unabhängig von der (Sinnes-)Erfahrung] und vor aller Wissenschaft" (Habermas 1972, 15)<sup>1</sup> innerhalb von "Systemen von Grundbegriffen". Dadurch wird selbstverständlich auch "die Bildung wissenschaftlicher Objektbereiche [...] präjudiziert" (ebd.). Zum Verständnisproblem wird theoriegeleitete Begriffsarbeit freilich dann, wenn üblicher Alltagsgebrauch und wissenschaftlicher Gebrauch von Begriffen extrem voneinander abweichen.

Im alltäglichen Verständnis erscheint Politik häufig "fremd" und nur negativ konnotiert: "Ich habe mit Politik nichts am Hut".

Auch um alltägliche Realitäten zu "(be-)greifen", bedarf es möglichst eindeutiger und auch zweckmäßiger Begriffe, weil, wie Bertolt BRECHT einmal bemerkte, Begriffe sozusagen "Griffe" sind, mit denen wir Dinge und Verhältnisse in Bewegung zu setzen vermögen

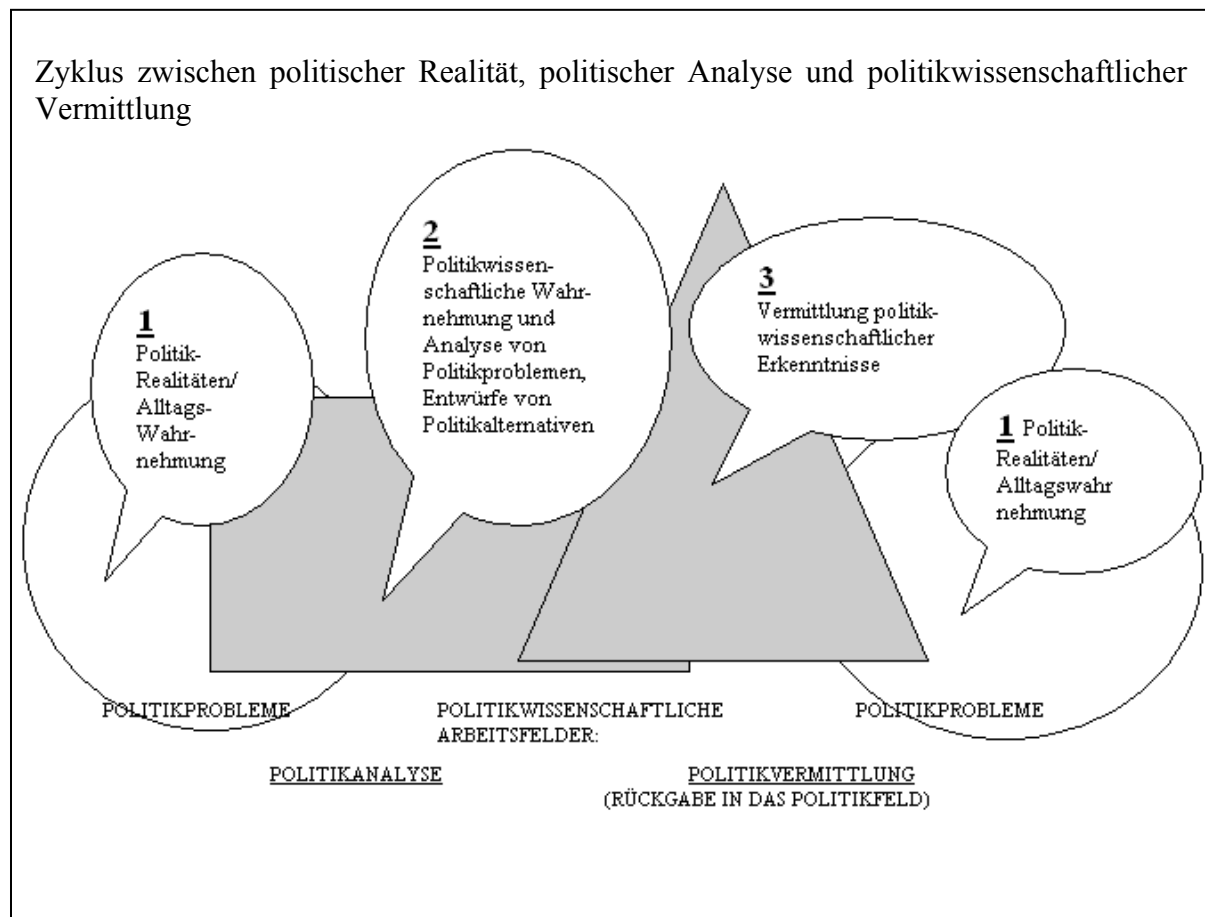
---

<sup>1</sup> Jürgen Habermas (1972). Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt/M.

(Bertolt Brecht, zit.n. Negt/ Kluge 1992, 57)<sup>2</sup>. Fehlen uns geeignete "Griffe", so werden unsere Worte nicht wirken bzw. sind sie dann nichts anderes als dürftige Krücken oder gehaltlose Hülsen.

(Kritische) Begriffsarbeit kann daher nicht nur abgehobenes Kürprogramm weniger Theorieinteressierter sein, sondern gehört absolut zum Pflichtprogramm jeder Politikanalyse. Sie stellt den ersten, für alle unverzichtbaren, durchaus mühevollen Schritt politischen Denkens und theoretischen Arbeitens dar – und zwar in allen Teilbereichen der Politikwissenschaft.

Zwischen der Welt der Parteisekretariate oder der Stammtische und der akademischen Realität gibt es einen (durchaus beabsichtigten, aber auch immer wieder festzustellenden und zu wahrenen) Unterschied. All diese Praxis- und Vermittlungsfelder "leben" aber von der Qualität und Präzision vorangegangener politikwissenschaftlicher Analysen, auf die die VermittlungsspezialistInnen zurückgreifen können.



<sup>2</sup> Oskar Negt/ Alexander Kluge (1992). Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt/M.

## Theorien als politikwissenschaftliches Handwerkszeug

Auch ein Handwerker braucht geeignete Werkzeuge, um sein Material bearbeiten und ihm die den Zwecken angemessene Gestalt geben zu können. Was dem Handwerker Werkzeuge, sind PolitikwissenschaftlerInnen Begriffe und theoretische Konzepte. Theorien bilden die (begrifflichen) Netze, mit denen wir die Wirklichkeit möglichst angemessen "einzufangen" trachten, formulierte einst Karl A. POPPER. Theorien sind dabei immer selektiv, d.h. sie behandeln nur bestimmte Ausschnitte der Wirklichkeit bzw. formen diese Wirklichkeitsausschnitte in ganz spezifischer Weise. Theorien geben damit jedoch auch die Möglichkeit, gezielt bestimmte Aspekte zu erfassen und andere zu vernachlässigen. Die wissenschaftliche Analyse und Beschreibung hat stets mit „Auswahl“ zu tun. Die Präzisierung und Abstimmung von Begriffen und die Auswahl eines Themenbereichs ist jedoch niemals frei von Theorieinflüssen und jede Theorie steht nicht nur in einem besonderen Verwendungszusammenhang, sondern entstammt auch einem speziellen Entstehungskontext, den es zu rekonstruieren und zu verstehen gilt. Insofern stellen alle Theorien de facto eine theorie- und ideengeschichtliche Gemengelage dar.

Begriffe sind zentral für jede kritische Wissenschaft bzw. für jede Sozial- und Politikkritik im allgemeinen. Die Verhältnisse müssen be-griffen werden, um sie verändern zu können. Begriffe sind nun auch das notwendige Rüstzeug für jede Politologen/ jede Politologin, gleich ob man/frau nun eine kritische Absicht verfiert oder nicht. Begriffe sind auch Grundlage für jede politikwissenschaftliche Beschreibung und Analyse. Es geht einerseits darum, die Verhältnisse mit möglichst treffenden Begriffen möglichst klar und konsistent zu beschreiben. Andererseits geht es auch darum, zu erkennen welche Begriffe in der wissenschaftlichen Diskussion oder auch im Alltagsdiskurs mit welchen Konzepten und Theorien verknüpft sind, also die Bedeutung eines Begriffes herauszuarbeiten und Assoziationsketten/ Naheverhältnisse/ Begriffskluster zu "entdecken" (z.B. Demokratie – Öffentlichkeit – Partizipation).

Nicht selten stehen Definitionsfragen am Ausgangspunkt politischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. "Bürger" kann man/frau z.B. als Staatsbürger(In!) - als volljährige(n) Staatsangehörige(n) -, als Staatsbürger(In) im Sinne eines Trägers von sozialen, ökonomischen und politischen Rechten, aber auch als männlichen Bourgeois (d.h. in ökonomischer Weise) definieren<sup>3</sup>. Wenn Andreas Kohl von "Bürgergesellschaft" redet, hat er etwas ganz anderes im Sinn als regierungskritische Organisationen, wenn sie von "Zivilgesellschaft" sprechen (die sich ja auch auf den Bürger bezieht). Wenn Andreas Kohl von "Bürgergesellschaft" redet, hat er etwas ganz anderes im Sinn als regierungskritische Organisationen im Österreich des Jahres 2000, wenn sie von "Zivilgesellschaft" sprechen (die sich ja auch auf den Bürger bezieht). Siehe hierzu auch Kapitel Staat – Zivilgesellschaft.

Begriffe sind Konventionen. Genau wie Maßeinheiten oder Farben sind auch Begriffe das Ergebnis von Verhandlungen. Begriffe sind weder naturgegeben noch immerwährend. Ihre Bedeutung kann sich ändern. Nicht zuletzt die Neuauflagen der Lexika zeugen davon, dass Begriffe "leben". Einerseits heißt das, dass wir den Bedeutungen von Begriffen nicht "ausgeliefert" sind, sondern diese durchaus ändern können, dass es verschiedene Ansichten geben kann und dass Begriffe eine Geschichte und eine Zukunft haben. Andererseits bringt das auch Schwierigkeiten mit sich: Begriffe sind an einen Kontext gebunden, an eine Zeit und an das jeweilige Wissen dieser Zeit. So hat etwa der Begriff des Bürgers/der Bürgerin im

---

<sup>3</sup> Andreas Kohl (1998), Mein politisches Credo. Aufbruch zur Bürgersolidarität. Wien.

Laufe der Zeit eine Bedeutungsverschiebung erfahren: Entstanden im 18./19. Jh. bezeichnet er damals als „Citoyen“, den politischen Bürger, der über das Gemeinwohl mitentscheidet und als „Bourgeois“ den Wirtschaftsbürger, der seine privaten wirtschaftlichen Interessen verfolgt. Das Deutsche kennt diese Unterscheidung nicht und spricht verkürzend heute vom „Staatsbürger“ (eine Einengung des „politischen Bürgers“)

Hilfreich ist auch die Unterscheidung in Begriff / Konzept / Theorie, die man sich als unterschiedlich weitreichend vorstellen kann. Ein Begriff (wenn man ihn als Terminus Technicus versteht) besitzt demnach per se die geringste Reichweite - er bezeichnet zunächst nur ein mehr oder weniger eingeschränktes Phänomen. Sehr häufig lassen sich also Begriffe gar nicht unabhängig von weiterreichenden Konzepten oder Theorien verstehen (der Begriff "Gewaltenteilung" lässt sich nicht sinnvoll ohne ein bestimmtes Konzept bzw. Theorie von Gewaltenteilung bzw. Staatsgewalt diskutieren). Ein Konzept ist demgegenüber die Systematisierung von Begriffen, während Theorie ein umfassendes begriffliches Denkgebäude bezeichnet (Demokratiethorie umfasst u.a. Partizipation, Öffentlichkeit, Repräsentation).

Für die konkrete Arbeit mit Texten und Begriffen empfiehlt sich immer auch der Griff zum Lexikon. Eine ausführliche Auflistung findet sich auf <http://www.political-science.at/lehre/techniken02.htm>.

## **Politikwissenschaft als Lesestudium**

In der Vorlesung soll es vorrangig darum gehen, das oftmals angespannte Verhältnis zu althergebrachten wie zeitgenössischen TheoretikerInnen zu entkrampfen, also zum Studium "klassischer" wie moderner und spätmoderner DenkerInnen zu motivieren. Um diese Zielsetzung zu realisieren, sind allerdings auch praktische Hilfestellungen vonnöten. Neben inhaltlich-thematischen Anregungen (z.B. Welche Ideen sind aus der Geschichte zu holen? Wie sieht die historische Karriere von Begriffen und Konzepten im konkreten aus?) soll überdies technischer Beistand (z.B. Wie analysiere ich Texte? Mit welchen Hilfsmitteln kann ich arbeiten?) geleistet werden.

Politikwissenschaft ist vor allem ein "Lesestudium". Diese Lektüreintensität bezieht sich freilich auf äußerst unterschiedliche Textsorten. Selbst wenn Sie ganz besonders an empirischen Analysen der Politik interessiert sind, kommen Sie nicht umhin, auch den präzisen und korrekten Umgang mit "Texten" (wie Studien, Gesetze, Verordnungen, sonstige Dokumente) zu beherrschen. Nirgendwo in der Politikwissenschaft werden Sie aber mehr dazu angeleitet, methodisch genaue Textarbeit (Lektüre und Interpretation von Texten) zu leisten als in der politischen Ideengeschichte. Die Ideengeschichte kann geradezu als dazu besonders geeignetes Lernfeld angesehen werden. Wenn Sie einen Text von ARISTOTELES sorgfältig "zerlegen", verstehen und in seiner Vielfalt deuten können, werden Sie mit Sicherheit beispielsweise auch das Universitätsgesetz 2002 nach allen Regeln verstehender und interpretierender Kunst bearbeiten können.

Textanalyse-Techniken werden in akademisch-exklusiver Lebensart als Geheimwissen tradiert: Nur nichts an entsprechender Erfahrung verallgemeinern und organisiert weitergeben, lautet die Devise. Den Eindruck pflegen, als ob die Fähigkeit zu Textanalysen nur wenigen (vor allem Philosophen) "angeboren" wäre und methodisches Know-how gar nicht breit vermittelt und angeeignet werden könnte. Oder es wird das Analysieren von

klassischen und zeitgenössischen Texten insgesamt als wissenschaftlich minder gewertet, zumal sie methodischer Elaboriertheit und vermeintlicher Perfektion anderer "Königstätigkeiten" der Disziplin unterlegen scheint<sup>4</sup>.

In einer Vorlesung können immer nur Anstöße zu weiterer Beschäftigung geboten werden. Es kommt daher letztlich darauf an, dass diese Anregungen in intensiver eigener Lektüre und Versuchen kritischer Textarbeit vertieft und früher oder später auf aktuelle Forschungsfragen in Theorie und Empirie bezogen werden.

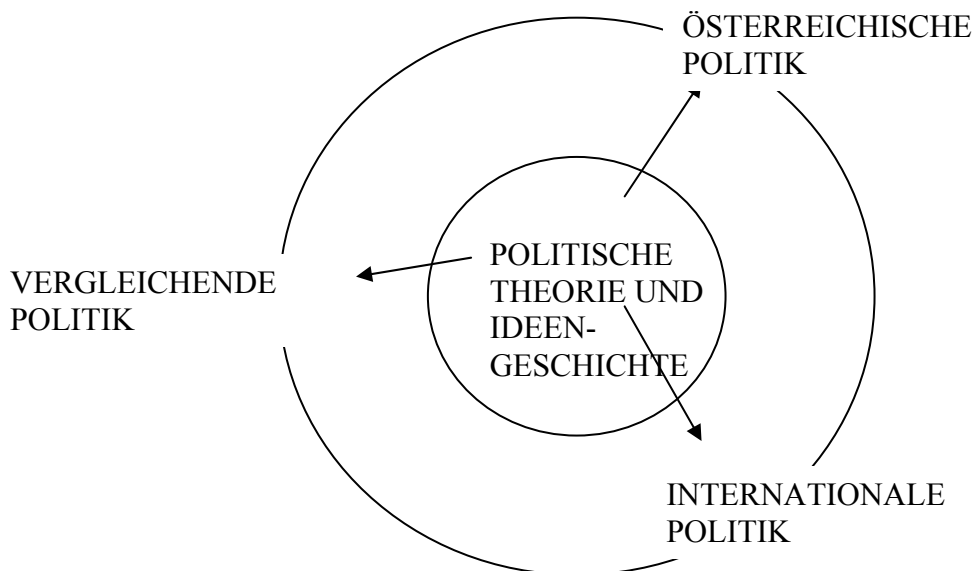
## Wozu politische Theorie? Wozu politische Ideengeschichte?

Im Grundlagenteil der Vorlesung geht es um Klärung dreier Grundsatzfragen:

- Wozu politische Theorie? Wozu politische Ideengeschichte/historische politische Theorien?
- Politisches Denken: Was ist darunter zu verstehen?
- Politisches Denken: Seit wann gibt es das?

### Erste Zusammenfassung:

Die Verknüpfung von "Politischer Theorie und Ideengeschichte" macht traditionell einen der Kernbereiche der Politikwissenschaft aus. Sie bildet zum einen ein Teilgebiet der Disziplin (unter anderen), zum anderen aber hat sie auch fundierende (instrumentelle, konzeptuelle) Bedeutung für alle übrigen Teilgebiete (Österreichische Regimelehre, Vergleichende und Internationale Politik).



<sup>4</sup> Was gesamtgesellschaftlich an Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften als Abwertung praktiziert wird, ereignet sich auch innerhalb der Politikwissenschaft als Disziplin. Auf- und Abwertung von Wissen ereignet sich auch hier an der Orientierungsmarke von vermeintlicher Marktgängigkeit von Wissen. Nur technologieorientierte Forschung und Biowissenschaften finden zur Zeit Anerkennung und haben gesellschaftlichen Wert. Obwohl aktuelle westliche Gesellschaften über Reichtum verfügen wie nie zuvor, heißt es immer öfter, ökonomisch nicht direkt verwertbares, mithin "unnützes" Wissen können wir uns angesichts globaler Standortkonkurrenz nicht länger "leisten". Geisteswissenschaftliche Askese ist daher in der globalisierten Wissenschafts- und Informationsgesellschaft überfällig.

# Aktualität und Geschichte von politischer Theorie und Ideengeschichte

Von manchen wird Ideengeschichte als bloßes Propädeutikum ("Vorschule") politischer Theorie abgewertet. Politischer Ideengeschichte wird in dieser Sicht vorrangig rückwärtsgewandte Erörterung normativer Fragestellungen zugetraut. Hier wird ein bestimmter Typus zeitgenössischer Theorie zum absoluten Fixpunkt erklärt, an der alle Theoriequalität festzumachen ist. Alles übrige, Vorangegangene wird zur vernachlässigswerten "Vorgeschichte" deklassiert. Jedoch gilt, dass eine kritische Dekonstruktion theoretischer Konzepte und Begriffe ist ohne (auch) ideenhistorische Rückgriffe nicht angemessen zu leisten ist.

## Entwicklung der Ideengeschichte als Teilgebiet der Politikwissenschaft

Zwischen „Politischer Ideengeschichte“ und „Politischer Theorie“ gibt es somit ein gewisses Konkurrenzverhältnis. Diese Konkurrenz äußerte sich immer auch als Konflikt gegensätzlicher wissenschaftstheoretischer Konzeptionen.

An der prinzipiellen Bedeutung der Geschichte politischen Denkens für die Politikwissenschaft wird im Grunde nicht gezweifelt<sup>5</sup>, allerdings sind in der Entwicklung der Politikwissenschaft als Disziplin beachtliche Schwankungen in der Aufmerksamkeit für die Ideengeschichte festzustellen, die sich nicht zuletzt in der Tendenz zur Versozialwissenschaftlichung (Scientification) der Politikwissenschaft seit den späten 60er Jahren negativ darstellte:

- Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hatte "History of Political Thought" einen expliziten und festen Platz in der us-amerikanischen Politikwissenschaft. In den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts sprach man in den USA über dieses Fach als "Normative Theory", um sie von "Empirical Theory" abzugrenzen. Danach ging das Gebiet im Bereich "Political Theory" auf. Die Ideengeschichte verliert sich immer mehr in der Theorie der Politik (z.B. Rawls' Theorie der Gerechtigkeit) – sie verliert damit als Geschichte der normativen Ideen gegenüber empirischen Theorien, die als Verallgemeinerung von empirischen Aussagen verstanden werden.
- Nach 1945 war Politikwissenschaft in (West-)Deutschland noch stark ideenhistorisch ausgerichtet (Re-Education, Demokratisierung, daher die besondere normative Orientierung des Fachs). In der Regel wird nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland abnehmende Relevanz der Ideengeschichte in den späten fünfziger/frühen sechziger konstatiert („Kalter Krieg“/Ära der „Entideologisierung“). Tendenz: weg von normativer, ideenhistorischer Theorie, hin zu sozialwissenschaftlich-empirischer Theorie.

1953 hatte der us-amerikanische Politologe David EASTON das "Ende" der "traditionellen", "normativen" politischen Theorie (d.i. eine vor allem in den USA gebräuchliche andere Bezeichnung für historische politische Theorien/politische Ideengeschichte) verkündet. Der "System-Ansatz", das Denken in Systemen, Subsystemen, Beziehungsnetzen und Funktionen sollte den Abschied vom traditionellen Staatsbegriff und seinen normativen/ideologischen

---

<sup>5</sup> Vgl. Arno MOHR, Einführung in die Politikwissenschaft, Oldenburg 1995, 144.

Einschlüssen einleiten. Diese „Wende“ sollte eine Ausrichtung auf empirische Politikprobleme ermöglichen.

Von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts entstanden in der us-amerikanischen Politikwissenschaft der philosophische Positivismus bzw. der mit ihm "verbündete" Behaviorismus<sup>6</sup> als prominente Ansätze. Aus dem Bedürfnis nach "wissenschaftlicher" Anerkennung hat sich die Politikwissenschaft in besonderem Maße der "positivistischen" (quasi naturwissenschaftlicher) Regulation ausgeliefert. Darunter ist die Suche der Disziplin nach Anpassung an naturwissenschaftliche Kriterien von Wissenschaftlichkeit zu verstehen. Darin äußerte sich auch der Wunsch oder die Hoffnung auf „Kontrolle“ der politischen Wirklichkeit und Vorhersagbarkeit gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Die traditionelle, normative politische Theorie (weil ideengeschichtlich dominiert) harmonierte jedenfalls nicht mit Kriterien positivistischer Wissenschaftlichkeit.

An der Geschichte der us-amerikanischen Politikwissenschaft lässt sich nachvollziehen, wie positivistisch-behavioralistische Dominanz eine "Enttheoretisierung" der Politikwissenschaft bewirkt hat im Sinne gezielter Abschottung von den Geisteswissenschaften bzw. der geisteswissenschaftlichen Wurzeln der Politikwissenschaft (z.B. als „Staatswissenschaft“). Erst Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts tauchten Alternativen zum Behaviorismus auf und in der Folge kam es auch zu einer neuen Prosperität normativer politischer Theorie. Überzeichnungen der "behavioralistischen Revolution" wurden als falsch erkannt und revidiert. Dazu kam auch, dass der Vietnamkrieg insbesondere für die us-amerikanische Politikwissenschaft neue "normative" Fragen aufgeworfen hatte.

Ähnliches lässt sich auch für Europa und die politischen Wendejahre um 1989 feststellen. Schließlich stellten auch neue politische und soziale Bewegungen alte Orthodoxien in Frage und thematisierten neue politische Fragen. Dies gilt für die StudentInnenbewegung rund um 1968, die neue Frauenbewegung und neu aufkommende ökologische Bewegungen ebenso wie für globalisierungskritische Bewegungen der Gegenwart. Breiten Raum nehmen in den 1990er Jahren etwa Demokratietheorien ein, so z.B. der Kommunitarismus oder „Der Dritte Weg“ als Theorie der Erneuerung zwischen Sozialismus und Marxismus.

Abzulesen ist eine solche Tendenz zur Neubewertung ideenhistorischer Zugangsweisen u.a.

- an neuen politischen wie religiösen Fundamentalismen, die erklärungsbedürftig sind,
- am Zerfall des Realsozialismus und am Ringen um Neukonzeptualisierung marxistischer Theoriekonzeptionen, aber auch des Demokratiebegriffs,
- an der Debatte um den "Endismus" (Ende der Ideologie, Ende der Geschichte, Ende der Politik usw.),
- an der Kritik am "Etatismus" (sowohl von Neoliberalen wie auch von Sozialen Bewegungen),

---

<sup>6</sup> Zur Erklärung: Für diesen Problembereich werden verschiedene Begrifflichkeiten benutzt, die aber alle auf das selbe wissenschaftstheoretische Grundproblem hinauslaufen: Positivismus, logischer Empirismus, empirisch-analytische Politikwissenschaft, aber auch Behaviorismus: Besonders stark geprägt: empirische Wahlforschung, aber auch die anwendungsorientierte politikwissenschaftliche Forschung ("Policy-Studien" zur Politikberatung). Ziel der behavioralistischen Politikwissenschaft ist nicht nur die Beschreibung politischer Vorgänge, sondern vor allem auch ihre Erklärung und Prognose. Behavioralistische Politikwissenschaft sucht daher nach empirischen Regelmäßigkeiten. Sie setzt also voraus, daß soziale und politische Vorgänge Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Behavioralistische Wissenschaft strebt nach Nachprüfbarkeit und Objektivität. Rational Choice Theorien sind eine Variante des Behaviorismus und operieren mit der Vorstellung, dass Menschen strategisch und nutzenorientiert handeln.

- an der feministischen Kritik an androzentristischen Politik- und Demokratiemodellen,
- an neuen Nationalismen und Rassismen, die erklärt werden müssen,
- an politischen Bemühungen um Neukonzeptualisierung von Liberalismus (in Österreich verkörpert durch das "Liberale Forum", in der Theorie um Fragen der „Autonomie“ und Entscheidungsfreiheit),
- an Bill CLINTONs und Tony BLAIRs Wahlkämpfen, die sich auf neue Konzepte von “Solidarität” und “Gerechtigkeit” berufen.
- am Hegemonialwerden des Neo-Liberalismus als marktradikale Variante des Wirtschaftsliberalismus.

Kurz: Politische Theorie und Politische Ideengeschichte bilden am Beginn des 21. Jahrhunderts keine Gegensätze mehr, sondern werden wieder stärker aufeinander bezogen: Gegenwärtige Theorien beziehen sich auf „ihre“ Geschichte.